

Europapolitik

Fragen und Antworten

Europapolitik

Fragen und Antworten

Europa kommt bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen gut an: Mehr als zwei Drittel von ihnen finden die EU gut. Sie befürworten die Mitgliedschaft ihres Landes in der EU. Das hat eine Umfrage der TUI-Stiftung unter Jugendlichen zwischen 16 und 26 Jahren in sieben Ländern der EU ergeben. Die höchste Zustimmung gab es in Spanien, gefolgt von Deutschland. Die geringste in Großbritannien und Griechenland – aber auch hier bekennen sich fast zwei Drittel zur EU und die Zustimmung ist im vergangenen Jahr deutlich gestiegen.

1. Was bringt uns die EU?

Ein geeintes Europa ist der beste Garant für Frieden und Wohlstand und eine gute Zukunft Deutschlands.

- Nur gemeinsam werden wir langfristig Frieden, Sicherheit und Wohlstand garantieren können. Zusammen in der EU sind wir stärker als jeder Mitgliedstaat für sich. Nur gemeinsam haben wir eine gewichtige Stimme in der Welt.
- Wir brauchen gute Beziehungen zu unseren neun direkten Nachbarstaaten und unseren EU-Partnern. Wir können in der EU ohne Visa reisen, leben und arbeiten.
- Wir profitieren von gleichen Normen und Regeln. Unsere Haushaltsgeräte passen in Steckdosen von Lissabon bis Helsinki. Mobiles Telefonieren kostet EU-weit überall so viel wie zu Hause. Die EU hat unter anderem dafür gesorgt, dass krebserregende Weichmacher in Kinderspielzeug verboten sind.
- Wir profitieren von offenen Grenzen und einer in den meisten Ländern einheitlichen Währung. Fast 60 Prozent unseres Außenhandels erfolgen mit unseren Nachbarn in der EU.

2. Wie wollen wir den Zusammenhalt Europas vertiefen?

Als Europäer müssen wir uns auch unserer nationalen Identität bewusst sein. Denn jede Nation hat eine eigene Geschichte, eine eigene Kultur und eigene Traditionen. Zusammen bilden wir eine starke und vielfältige Gemeinschaft. Diese Vielfalt wollen wir erhalten.

- Grundlage dafür sind unsere demokratischen und rechtsstaatlichen Werte. Sie müssen innerhalb der EU noch konsequenter als bisher durchgesetzt werden.

- Wir wollen für Entscheidungen mehr Bürgernähe schaffen. Das heißt auch: Entscheidungen, die vor Ort, in der Region, im Bundesland oder auf gesamtstaatlicher Ebene besser getroffen werden können, sollen jeweils auch dort getroffen werden.
- Wir wollen das Europäische Parlament dort stärken, wo es gemeinsame Interessen der EU-Staaten vertritt.

3. Wie eng steht die EU zusammen?

Die EU ist eine Wertegemeinschaft. Die Mitgliedstaaten können sich auf die Solidarität der jeweils anderen Staaten verlassen. Das funktioniert jedoch nicht ohne Vorbedingungen. Wer Hilfe und Unterstützung braucht, muss sich an gegebene Regeln und Vereinbarungen halten. Verantwortung und Haftung gehören zusammen.

4. Welche Verantwortung tragen die einzelnen Staaten in der EU?

Stabilität beginnt zunächst zu Hause. Daher muss den Mitgliedstaaten so viel Eigenständigkeit und Eigenverantwortung wie möglich zugestanden werden. Jeder Mitgliedstaat steht zuerst selbst in der Pflicht, seine „Hausaufgaben“ zu machen.

5. Wie wird Europas Wirtschaft insgesamt stärker und wettbewerbsfähiger?

Wir wollen die Wettbewerbsfähigkeit der EU und ihre Wachstumskräfte stärken.

- Für Arbeitsplätze mit Zukunft weiten wir die Forschungspolitik aus. Gemeinsam mit Frankreich wollen wir zum Beispiel ein Zentrum für künstliche Intelligenz errichten.
- Wir werden den digitalen Binnenmarkt vollenden.
- Hindernisse im Energiesektor und im Kapitalmarkt wollen wir abbauen.
- Initiativen wie das europäische Investitionsprogramm wollen wir ausbauen.

6. Brauchen wir wirklich den Euro? Können wir nicht zurück zur D-Mark?

Gerade wir in Deutschland profitieren erheblich vom Euro:

- Die Preise sind in Deutschland seit Einführung des Euro deutlich stabiler als zu Zeiten der D-Mark.
- Mehr als ein Drittel der deutschen Exporte gehen in die Eurozone. Ein erheblicher Teil der Exporte der Euro-Staaten in Drittländer werden in Euro abgerechnet. So entfallen die Umrechnung in andere Währungen und Zusatzkosten.
- Mit einer Rückkehr zur D-Mark würden wir Einkommen und Arbeitsplätze verlieren.

7. Warum retten wir mit unseren Steuergeldern Staaten wie Griechenland?

Richtig ist: Wir helfen Griechenland dabei, sich selbst zu stabilisieren. Dazu bürgen wir für Darlehen, die Griechenland verzinst zurückzahlen muss. Die CDU-geführte Bundesregierung hat sich gegen einen Schuldenschnitt für Griechenland ausgesprochen. Damit zahlen wir auch nicht mit Steuergeldern für griechische Staatsschulden.

8. Funktionieren die Rettungsprogramme?

Die Rettungsprogramme für Irland, Portugal, Spanien und Zypern waren erfolgreich. Die Wirtschaft wächst, die Schuldenquote geht zurück. Auch Griechenland könnte schon bald ohne weitere Kredite des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) auskommen.

9. Was kosten uns Deutsche die Rettungsprogramme?

Bislang hat Deutschland nur profitiert. Allein vom Rettungsprogramm für Griechenland hat Deutschland bislang Zinserträge in Milliardenhöhe erhalten (fast vier Milliarden Euro bis Ende 2017). Bislang ist es bei keinem EU-Rettungsprogramm zu einem Ausfall gekommen.

10. Wie geht es mit dem Euro weiter?

Für einen stabilen Euro braucht die EU Verlässlichkeit. Bestehende Verträge müssen eingehalten, gemeinsam vereinbarte Regeln durchgesetzt werden. So werden wir das Vertrauen in die EU und den Euro auch künftig sicherstellen.

- Die CDU wird auch weiterhin die jeweilige Verantwortung der EU-Staaten für ihre Wirtschaft, für ihre Finanzen und für ihre Schulden einfordern.
- Schuldenerlasse für einzelne Staaten – ganz oder zum Teil – auf Kosten anderer EU-Staaten lehnt die CDU ab. Das betrifft unter anderem Griechenland.
- Dagegen sind weitere Schuldenerleichterungen denkbar; diese gab es schon in Form von Zinssenkungen und Laufzeitverlängerungen. Weitere Schritte werden geprüft.

11. Warum lehnt die CDU Euro-Bonds ab?

Euro-Bonds wären gemeinsame Anleihepapiere aller Euro-Staaten. Für die müssten alle Euro-Staaten gemeinsam haften. Das heißt: Deutschland müsste für Schulden anderer Euro-Staaten mit haften. Unsolide wirtschaftende Länder könnten versucht sein, auf Kosten Dritter weiter Schulden zu machen, statt Reformen durchzuführen und den Haushalt zu sanieren. Eurobonds würden also massive Fehlanreize setzen. Das will die CDU nicht.

12. Wird Deutschland mehr Geld für die EU zahlen?

Wir wollen die EU stärken, damit sie ihre Aufgaben besser wahrnehmen kann. Zudem wollen wir, dass in der EU gemeinsame Aufgaben auch gemeinsam bewältigt werden. Dies gilt zum Beispiel für den Grenzschutz, die Forschungs- oder die Sicherheitspolitik. Dafür sind wir auch zu höheren Beiträgen bereit. Klar ist jedoch:

- Jeder Mitgliedstaat haftet weiter selbst für seine Risiken.
- Wir werden Steuerdumping und Steuerbetrug entschieden bekämpfen.
- Wir wollen die Freizügigkeit in der EU schützen, aber zugleich missbräuchliche Zuwanderung in die Sozialsysteme unterbinden.

13. Welche Ansprüche auf Sozialhilfe haben EU-Bürger in Deutschland?

Grundsätzlich gilt:

- Erst nach einem rechtmäßigen Aufenthalt von fünf Jahren haben EU-Ausländer einen Anspruch auf Sozialleistungen.
- Wer nie in Deutschland gearbeitet hat, muss Sozialleistungen in seinem Heimatland beantragen.

14. Wie können wir die EU-Außengrenzen wirksam schützen?

Wir wollen die EU-Außengrenzen mit unseren EU-Partnern gemeinsam schützen.

- Dafür wollen wir die europäische Außen- und Sicherheitspolitik stärken.
- Frontex soll ausgebaut werden, mehr Personal, mehr Geld und mehr Entscheidungsbefugnisse erhalten.
- Zudem müssen wir gemeinsam Fluchtursachen bekämpfen.

15. Wie können wir ein Europa der Chancen schaffen.

Junge Menschen sind Europas Zukunft. Europa muss auch ihre Zukunft sein.

- Deshalb wollen wir mehr EU-Mittel gegen die Jugendarbeitslosigkeit
- Deshalb wollen wir die Mittel für Austauschprogramme wie Erasmus+ aufstocken.
- Wir fördern Mobilität. Durch offene Grenzen zum Reisen, Lernen und Arbeiten.

16. Wie erreichen wir ein Europa der Gemeinsamkeit und Stärke?

Was vor Ort bewältigt werden kann, soll auch dort gelöst werden. Doch globale Herausforderungen brauchen europäische Antworten. Probleme sollen dort angegangen werden, wo sie am besten gelöst werden können. So stärken wir die Kommunen, die Regionen, die Länder und die Europäische Union.

Stand: 8. Mai 2018